

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa,
Friedrichstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroße Riesa Nr. 22.

Nr. 86.

Mittwoch, 14. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig, für drei Monate 5 Mark 50 Pfennig, für sechs Monate 10 Mark 50 Pfennig, für ein Jahr 20 Mark 50 Pfennig. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 10 Pfennig. Die Abnahme von Anzeigen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterhaltungsbeiträge können nur auf Verlangen oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Abrüstungskomödie.

Man lese die letzte Note Tschischerins an den Generalsekretär des Völkerbundes nach. Man lese sie genau nach, denn sie ist wirklich lebenswert. Selten ist wohl mit härterem Sarkasmus und rücksichtsloserem Hohn das Intriguenplust der Genfer Herren zerplatzt worden, als mit den Worten, mit denen der russische Außenminister die Teilnahme seines Landes an der kommenden Abrüstungskonferenz in Genf ablehnt. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir die Begründung Tschischerins, mit der er die Abgabe motiviert, als hochhaltig anerkennen. Sowjetrußland verlangt von der Schweiz zu etwas wie eine Ehrenerklärung. Es will sich mit der diplomatischen Erledigung, die die Schweiz dem Berowski-Nord zuteil werden ließ, nicht begnügen. Verlangt ausreichende Sicherheiten. Eine sehr schön formulierte Entschuldigung. An und für sich Forderungen, die eine gewisse Berechtigung haben. Wenn sie von einem Staat erhoben würden, der sich in ähnlichen Fällen genau so zu verhalten pflegt, wie er wünscht, daß andere sich verhalten. Aber Rußland hat gerade uns Deutschen Beispiele gezeigt, die gerade dazu nicht beitragen können, von Rußland als empfehlender Hinweis aufgegriffen zu werden.

Also, mit dieser äußeren Begründung ist es nicht weit her. Das Interessante in der Note ist lediglich die Kennzeichnung, die Tschischerin der ganzen Abrüstungskomödie zuteil werden läßt. Mit diesen Worten sagt er es den Vertretern der Großmächte ins Gesicht, daß sie in Wirklichkeit gar nicht an eine Abrüstung denken, daß sie an diese Materie nur herantreten, weil sie eben einmal im Völkerbundsstatut vorsehen ist und der Vorrichtung, wenigstens formell, nachzukommen werden soll. Tschischerin sagt, die Mächte des Völkerbundes hätten gewacht, daß Rußland an einer Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen könnte, wenn zum Verhandlungsort Genf gewählt würde. Die Vertreter der Völkerbundsmächte teilten mit den Sowjets die gleiche Überzeugung, daß eine Abrüstungskonferenz ohne Teilnahme Rußlands zur Zwecklosigkeit verurteilt sei. Hätten die Völkerbundsmächte daher wirklich und ehrlich die Absicht gehabt, in dieser Frage ein Ergebnis zu finden, so hätten sie auch sicherlich die Möglichkeit geschaffen, Rußland die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern. Daß Genf doch als Tagungsort gewählt wurde, zeige, daß diese ehrlichen Absichten niemals bestanden hätten.

Es liegt etwas Wahres in diesen Worten Tschischerins. Die letzten Jahre haben es zu deutlich gezeigt, daß keiner der Staaten, die jetzt für die Abrüstungskonferenz eintreten, auch wirklich den ernstlichen Willen haben, die Abrüstung einzuführen, geschweige gänzlich abzuhilfen. Frankreich hat seine Stellungnahme zu dieser Frage wiederholt unmissverständlich dokumentiert. Auch Italien sich keinen Zweifel, daß es diesem Plan wenig Sympathie entgegenbringt. Und England? Sein Monatsabenteuer wird nicht gerade belebend auf den Eifer Londons einwirken, die Abrüstungsverhandlungen zu beschleunigen. Auch Japan hat mit seinen Bedenken nicht zurückgehalten. Also, alle diese Völkerbundsmächte sind gerade keine Freunde der Abrüstung im eigenen Lande. Für eine Abrüstung sicherlich, aber nur für eine Abrüstung der anderen.

Aber die Konferenz steht nun einmal auf der Tagesordnung. Diese Tagesordnung verlangt zum mindesten eine parlamentarische Erledigung. Auch eine Vertagung, eine Verschiebung der Beratungen sind eine parlamentarische Erledigung. So wird man wohl annehmen müssen, daß die Abgabe Rußlands sehr gelegen kam. Vielleicht, daß diese Abgabe Rußlands erzwingen wurde. Um eben so die Verschiebung, die parlamentarische Erledigung des unangenehmen Punktes der Tagesordnung herbeizuführen.

Es liegt in der Hand des Völkerbundes, diese Vermutungen zu zerstreuen. Die Note Tschischerins zeigt den Herren in Genf, woran sie jetzt sind. Wünschen sie wirklich die Teilnahme Rußlands an der Abrüstungskonferenz, wünschen sie wirklich eine schnelle Lösung des Abrüstungsproblems, dann werden sie sich auch zu den Maßnahmen verstehen, die die Hindernisse beseitigen. Aber wir glauben uns nicht zu täuschen: sie werden das notwendige Entgegenkommen nicht zeigen. Damit ist das Schicksal der Abrüstungskonferenz besiegelt. Trotzdem wir dem Standpunkt Tschischerins eine gewisse Berechtigung nicht absprechen können, glauben wir doch, daß es klüger von ihm gewesen wäre, sich nicht so leicht in die Wünsche der Völkerbundsmächte einzufügen zu lassen. Er hätte es wirklich einmal versuchen sollen, den Abrüstungsgedanken des Völkerbundes auf die Probe zu stellen. Etwas Unangenehmes hätte er mit seiner Bereitwilligkeit, an der Konferenz teilzunehmen, seinen Völkerbundsgegnern nicht antun können. Aber wir fürchten, Herr Tschischerin nimmt es selbst nicht so ernst mit dem Gedanken, der den Weltfrieden bringen soll. Auch die Expansionspolitik eines Bolschewismus hat kein Interesse an der Weltabrüstung. So ist letzten Endes der Rotenwechsel zwischen Moskau und Genf ein Spiel mit Worten, das im Grunde genommen von beiden Seiten das Gleiche bezweckt: die Abrüstungskonferenz ad calendas graecas zu verlegen.

Was wir Deutsche angesichts dieser Verhältnisse auf einer Abrüstungskonferenz zu suchen hätten, ist uns unerschichtlich. Wir haben abgerufen. Wir haben den Gedanken, der den Weltfrieden bringen soll, verwirklicht. Die anderen haben versprochen, und nachzufolgen. Was wir von Ententeversprechungen zu halten haben, das hat uns die Erfahrung gelehrt. Staunieren wir also unsere Hoffnungen.

Verschiebung der Abrüstungskonferenz?

Morning Post meldet, die endgültige Belagerung Sowjetrußlands, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, werde vielleicht dazu führen, daß die gesamte Frage der Abrüstung zu Lande vorläufig verschoben werde. Daily Herald hält es für fast sicher, daß die Abrüstungskonferenz verschoben wird. Die französische Regierung werde einen dahingehenden Vorschlag machen. Dieser Entschluß sei auf Grund von Boncour's Warschauer Besprechungen mit Vertretern der polnischen und rumänischen Regierung zustande gekommen.

Die Schweiz und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbundsrat.

Bern. (Funknach.) Gegenüber Blättermeldungen, manach Bundesrat Notta im Schweizer Ständerat erklärt haben soll, daß die Schweizer Delegierten auf der Herbsttagung des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundrat, aber gegen die Schaffung neuer Ratsitze stimmen sollen, teilt die Schweizerische Pressenagentur mit, daß Bundesrat Notta nichts derartiges gesagt habe. Die Schweiz sei aber gegen eine Erweiterung des Völkerbundsrates außer dem Eintritt Deutschlands.

Zur Frage der Fürstenabfindung.

Berlin. Im Reichstag traten gestern die Vertreter der Reaktionsparteien zu einer Konferenz mit dem Reichsinnenminister Dr. Rütz und Vertretern des Reichsjustizministeriums zusammen, um die Verhandlungen über den Kompromißentwurf für die Fürstenabfindung fortzuführen. Die Verhandlungen besaßten die textliche Feststellung der Kompromiß-Vorschläge, die dem Reichsjustizministerium vorgelegt werden sollen. Sie begannen am Vormittag und wurden nach einer kurzen Mittagspause fortgesetzt. Die Verhandlungen hatten streng vertraulichen Charakter.

Um die endgültige Formulierung des Abfindungskompromisses.

Berlin. Zu den gestrigen Verhandlungen der Reaktionsparteien über den Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung teilt das „F. Z.“ mit, daß der Kompromißentwurf während der Diskussionen noch einmal vom Reichsjustizministerium überarbeitet wurde und eine Reihe von Änderungen vorgenommen worden sind. Die gestrigen Besprechungen ergaben eine Reihe von Differenzpunkten, vor allem in der Frage der Rückwirkung. Das Blatt rechnet damit, daß der Reichsjustizminister die Führer der Reaktionsparteien für Freitag zu einer Besprechung zusammenberufen wird, bei der dann, soweit die Reaktionsparteien in Frage kommen, die Entscheidung über den abgedruckten Kompromißentwurf fallen soll. Wahrscheinlich wird der preussische Finanzminister am nächsten Dienstag im Reichsjustizministerium für die preussische Regierung eine Erklärung für den Kompromißentwurf abgeben. Das Plenum des Reichstags dürfte sich in den letzten Apriltagen mit der Angelegenheit befassen.

Mussolinis Afrikareise.

Die italienische Presse läßt die wahren politischen Absichten, die Mussolini mit seiner Tripolisreise bezweckt, nicht erkennen. Zum mindesten verliert sie sich nur in vagen Andeutungen. Andererseits geht aber aus englischen Zeitungen hervor, daß zur Zeit Verhandlungen über die wirtschaftliche und politische Durchdringung von Libyen stattfinden. Man hört auch, daß Angola mit erhöhter Aufmerksamkeit Worte und Taten Mussolinis verfolgt und mit erhöhter Begeisterung von der immer stärker werdenden italienisch-englischen Interessengemeinschaft Kenntnis nimmt. Kennzeichnend ein Artikel der Tribune, der darauf hinweist, daß die neuen Generäle Italiens sich gleichzeitig nach Norden und Süden richten. Während Italien die Oase von Dcharabus neu hinzu erworben hat, hat Mussolini gleichzeitig die „schönen deutschen Annahmen“ gegen Südlibyen zurückgewiesen. Während er nach Tripolis fährt, steuert das Luftschiff „Rorax“ zum Nordpol zu. Wir sind weit davon entfernt, der Persönlichkeit Mussolinis nicht die Gerechtigkeit zu leisten, die sie verdient. Er weiß, was er will. Er weiß, daß sein Wille für Italien Großes schaffen kann. Vom italienischen Standpunkt aus ist er der Führer, den ein Land braucht. Aber ob die Welt von diesem Mussolini viel Nutzen gewinnen wird, ist eine andere Frage. Konflikte, die den Weltfrieden bedrohen, liegen genügend in der Luft. Der Welt würde es nützen, wenn diese Konflikte zum Zerbrechen kämen. Aber Mussolini ist kein Friedensapostel. Er wirkt neuen Bündnissen in die Welt, und vermag als Italiener, daß diese Welt unter Umständen stärker ist als sein Land, als er selbst, als sein Wille und sein Diktatorwahn. Dieser Gegenstand zeigt, welche Gefahr Mussolini für den Weltfrieden bedeutet. Es ist sehr bedauerlich, daß auch Kirchenfürsten, die doch die geeigneten Interpreten des Weltfriedensgedankens zu sein haben, dem Groberwerbenden Mussolinis Vorzug leisten. Wenn der Bischof von Uorino die Reise Mussolinis nach Tripolis gleich mit der des Erzbischofs von Genoa setzt, der eine Madonnafigur nach Tripolis bringen will und im Zusammenhang hiermit erklärt, Italien sei das erste Land in der Verteidigung und in der Ausübung der christ-

lichen Zivilisation gegen alle Barbarei, so stellt er sein Christentum und seine kirchliche Mission der rücksichtslosen Machtpolitik Mussolinis zur Verfügung. Ob er damit in Wirklichkeit seinem Lande und der Menschheit einen guten Dienst tut, ist fraglich.

Die Friedensausichten in Marokko.

Paris. Einem Vertreter des „Temps“ gegenüber erklärte General Simon, der an der Spitze der französischen Friedensdelegation steht, u. a.: Abd el Krims ist nicht der einzige Führer; wir werden mit den Vertretern aller Stämme, die zu uns gekommen sind, verhandeln. Es handelt sich nicht um Verhandlungen im Namen Spaniens und Frankreichs, sondern um Verhandlungen im Namen der islamischen Regierung, deren Vertreter an Ort und Stelle sich uns anschließen wird. Der Naabben allein ist berechtigt, die Unterwerfung entgegenzunehmen. Durch die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens wird der Aufstand viel eher erstickt werden als durch irgendeine andere Maßnahme.

Die Unterhändler Abd el Krims.

Paris. Ueber die drei Unterhändler, die im Namen Abd el Krims mit der französischen und spanischen Delegation in Udscha verhandeln werden, werden folgende Angaben gemacht: Si Mohammed Merkani, ein Schwager Abd el Krims, ist nicht nur Außenminister, sondern vertritt auch das Marineministerium. Der zweite Delegierte, Si Mohammed Stimigal Dadi Ben Stimigal, ist ein Vetter Abd el Krims und Ratsmitglied im Außenministerium. Der dritte Delegierte, Dadi Mohammed Seddi, ist Kammerherr Abd el Krims. Alle drei gehören dem Stamm der Beni Uriaqel an, dem auch Abd el Krims entstammt.

Einlebe über die Verhandlungen mit den Afrikanern.

Paris. (Funknach.) Kriegsminister Vainleu hat nach dem Beitritt Marokkos nach Schluß des gestrigen Ministerrats über die mit den Afrikanern demnächst beginnenden Verhandlungen erklärt, daß diese mehrere Wochen dauern würden. Was die in der Presse veröffentlichten Friedensbedingungen betreffe, die von Frankreich und Spanien den Afrikanern angeboten seien, so handle es sich nicht um eigentliche Friedensbedingungen, sondern um Hauptpunkte, die als Verhandlungsbasis dienen sollten. Man müsse immer einen gewissen Spielraum lassen, um den Unterhändlern die Möglichkeit zu geben, gewisse Stellen abzurufen.

Verhandlungen mit dem Dameskommissar.

Berlin. Von gutunterrichteter Seite erfahren wir, daß die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Dameskommissar über die Frage der Biersteuererhöhung für heute Mittwoch vorgelesen sind. Es verlautet, daß der Kommissar nicht die Absicht habe, das Haager Schiedsgericht anzurufen, da er glaubt, mit seinem Einpruch rechtmäßig vorgegangen zu sein. Der Reichsregierung liegt jedoch daran, ein Gutachten über die genau festgelegten Kompetenzen des Kommissars zu erhalten, um auch in Zukunft für alle Fälle gerüstet zu sein.

Faschistische Ausschreitungen in Prag.

Prag. (Privatmeldung.) Nach einer faschistischen Versammlung, in der es zu scharfen Angriffen gegen den Minister des Inneren Dr. Beneš und zu Tätlichkeiten gegen Angehörige anderer tschechischer Parteien kam, drangen gestern nacht etwa 30 Faschisten in das Restaurant des Deutschen Hauses ein, wo sie tschechische Arbeiter langten und durch herausforderndes Verhalten das Eingreifen der Polizei veranlaßten. Diese nötigte schließlich die Demonstranten, den Saal zu verlassen.

Reichsrentnertagung in Kassel.

Berlin. Auf der Reichstagung des Deutschen Rentnerbundes in Kassel wurde eine Entschickung angenommen, in der mit Verriedigung davon Kenntnis genommen wird, daß das Rentnerverordnungsgelehr dem Reichstag vorgelegt worden ist. Die Bundestagung fordert dringend, daß auf diesem Wege mit aller Energie fortgeschritten wird. In einer zweiten Resolution wird verlangt, daß die Bundesleitung ihre Schritte zur Abänderung der Aufwertungsgelehe unentwegt fortsetzen möge. Am schnellsten dürften die Forderungen der jetzigen Aufwertungsgelehe nach Ansicht der Versammlung durch eine Gesetzes-Novelle zu beseitigen sein.

Sühne des Leipziger Sprengstoffkomplotts.

Leipzig. Am 2. Verhandlungstage gegen die 6 Frontbannleute wegen des Sprengstoffkomplotts auf die Leipziger Synagoge verurteilte das Gericht die beiden Hauptangeklagten Reinhardt und Kirchen, wie der Staatsanwalt beantragt hatte, wegen Vergehens nach § 6 des Sprengstoffgesetzes zu je 5 Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten wegen Vergehens nach § 12 desselben Gesetzes zu Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis zu einem Monat.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade
Riesa a. Elbe. Fernruf 48.